

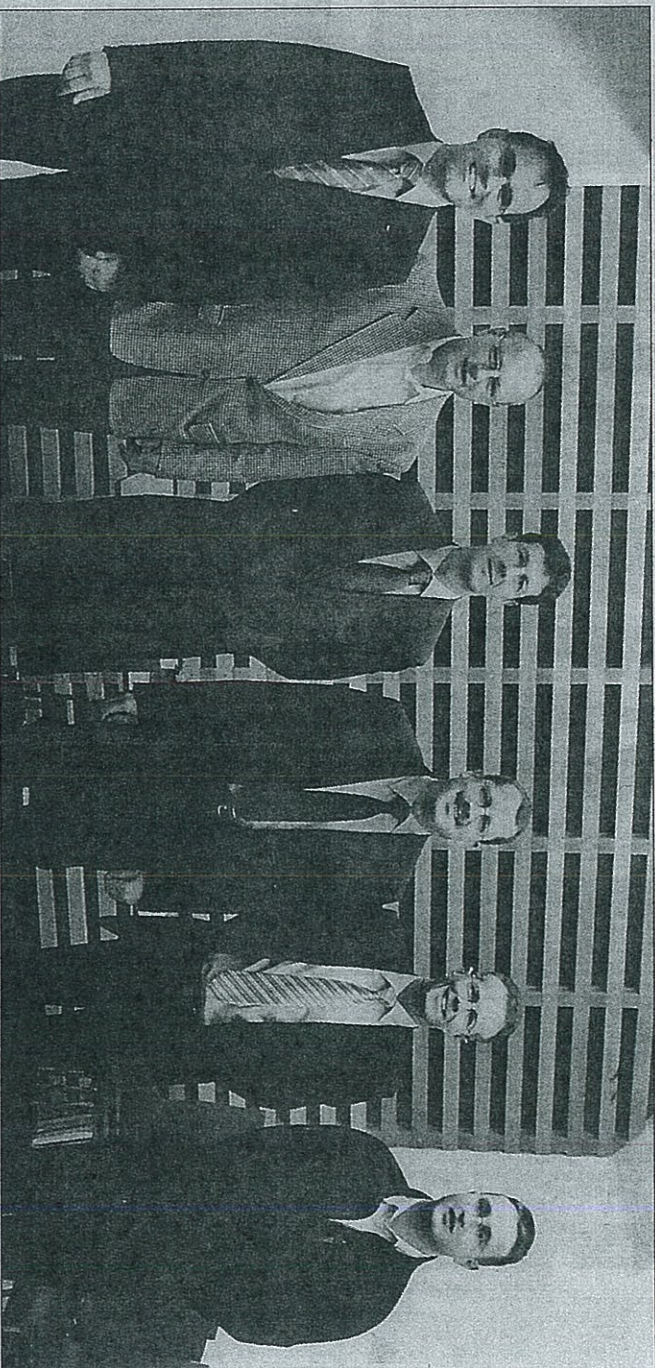
Wirtschaftsinteressen verteidigen

Pro-Economy.vs hielt erste Generalversammlung ab

Siders. – An ihrer ersten Generalversammlung definierte «Pro-Economy.vs» kürzlich in Siders verschiedene Zielsetzungen. Der neu gegründete Verband setzt sich ein für einen steuerlich attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort.

«Als Vereinigung von gleich vier Berufsverbänden, die mit Steuerfragen zu tun haben, wollen wir uns engagieren für die Interessen unserer Kundschaft», sagt Vizepräsident Norbert Imhasly. Er sagt dies namens der Walliser Treuhänderkammer, des Treuhänderverbandes, des Buchhalterverbandes und des Steuerexpertenverbandes. Diese haben sich Anfang 2008 unter dem Dachverband Pro-Economy.vs zusammengeschlossen, um ihre Kräfte als professionelle Berater zu bündeln und so mehr Einfluss zu erhalten. Es gilt, die Interessen der Walliser Wirtschaft bei der Politik und den verschiedenen Verwaltungsebenen einzubringen. Dies kann durch Lobby-Arbeit erfolgen, aber auch durch aktive Teilnahme an Vernehmlassungen in Sachen Steuergesetzen und allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten. Ein weiteres Tätigkeitsfeld ist zudem die Organisation von berufsspezifischen Seminaren. Pro-Economy.vs gehören ein Jahr nach der Gründung 52 Mitglieder an. Die Kundschaft umfasst nahezu die gesamte Wirtschaft.

Interkantonaler Vergleich als Massstab
Niemand zahlt gerne (zu viel) Steuern. In ihren nun prioritär formulierten Zielsetzungen denkt Pro-Economy.vs an die



Der Vorstand von Pro-Economy.vs mit Stefan Gehrig, Pierre-Alain Borgeraud (Sekretär), Norbert Imhasly (Vizepräsident), Patrice Héritier (Präsident), Antoine Bonvin und Antoine Tomnay (von links). Foto zvg

die juristischen Personen, also die Gesellschaften, nach Einschätzung der Fachleute im Wallis steuerlich gut bedient sind, sehen sie bei den Selbstständigerwerbenden und dem Mittelstand konkreten Nachholbedarf. «Wir müssen im interkantonalen Vergleich mithalten können und uns als fortschrittlich erweisen», hält Stefan Gehrig fest. Er vertritt zusammen mit Imhasly sowie Oscar Supersaxo im Vorstand die Interessen der Oberwalliser Verhandlungspartner. Wenn das gelinge, würden sich konkret geforderte Steuernormierungen auch für den Staat lohnen. Gute Bedingungen würden Betriebe sowie solvente private Steuerzahler anziehen oder bei der Stange halten.

voll. Es macht deshalb in der aktuellen Krise Sinn, den Steuererzählern entgegenzukommen», sagt Imhasly. So würden die Bürger ihre Konsumkraft erhalten. Auf vier konkreten Feldern will Pro-Economy.vs deshalb tätig werden.

Vier konkrete Bereiche

Bei der Grundstückgewinnsteuer fordert Pro-Economy.vs eine Rückkehr zur vorrnaligen Regelung. Diese besage, dass die Veräusserung eines Grundstückes nach 25 Jahren steuerfrei ist. Bei der Vermögenssteuer wird angestrebt, diesen Satz linear um 50 Prozent zu kürzen. Ausserdem sollen höhere Abzüge für Ehepaare, Alleinstehende und Kinder geltend gemacht werden können. Dies sei notwendig.

Unrealistisches Wunschkonzert?

Was hier wie ein ziemlich unrealistisches Wunschkonzert daherkommt, ist für Pro-Eco-

Ansätzen in der Schweiz wegzukommen. Bei der Einkommenssteuer wird ebenfalls gefordert, die Taxen linear so zu kürzen, damit sich der Kanton Wallis im interkantonalen Vergleich in die erste Hälfte vorschieben könne. Bei den Abzügen der Versicherungsprämien wird letztlich verlangt, dass bei den Krankenkassenprämien die effektiven Kosten der Grundversicherung in Abzug gebracht werden können. Heute ist hier ein Pauschalabzug möglich, der die effektiven Kosten nicht deckt.

lung der Bedürfnisse, die man im Beratungsaltag erfahre. Man wolle diese bündeln und thematisieren. Nicht mehr und nicht weniger. Ihre Auswirkungen auf die Steuererinnahmen wurden nicht durchgerechnet. Wichtig sei zudem, dass die Steuerrechtsprechung den Verbandsmitgliedern zur Verfügung gestellt werde. Das Wallis ist ob all dieser Forderungen aber nicht nur eine Steuerhölle. Es fällt auch Lob ab für den Kanton. In manchen Bereichen gebärde er sich als fortschrittlich, beispielsweise bei der direkten Erbschaftsteuer. Das könne aber nicht dazu verleiten, alte Zöpfe aufzuheben und stets an einer Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen zu arbei-